

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 71. Jg, JUNI 2020

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz



Corona-Krise: „Wir brauchen einen starken Staat“

Birgit Gerstorfer
im Interview

Seite 10

Arbeitsmarkt:

Mit sozialstaatlicher Solidarität gegen die Corona-Arbeitsmarktkrise

Seite 4

Schule:

Kein Kind darf während der Corona-Krise zurückgelassen werden

Seite 7

Gemeinden:

Wie die Corona-Krise die Gemeindefinanzen gefährdet

Seite 12

Branchen-Champion für

TOP PREIS- LEISTUNG

Zufriedene Kundinnen und Kunden, perfekter Service und Beratung auf hohem Niveau.



www.hypo.at

Wir schaffen mehr Wert.

DIE LOCATION IM HERZEN VON LINZ

Eben noch direkt auf der Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadt-oase.

Das **Central** besticht trotz der verkehrsgünstigen Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.



www.centrallinz.at



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere 300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen.



DO 08.10 | 20:00 Uhr
Kabarett | Ticketpreis ab 23,10€
GERNOT HAAS

PROGRAMMAUSSCHNITT

SA 07.11 | 20:00 Uhr
Kabarett | Ticketpreis ab 27,40€
OMAR SARSAM

Alle Infos zu den Veranstaltungen & zur Vermietung unter
www.centrallinz.at

Folgen Sie uns auf Facebook &
Instagram // @centrallinz



Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199

Das Leben nach COVID-19

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



C OVID-19 dominiert nach wie vor unsere Gesellschaft. Wirtschaft, Bildung, Kultur, Politik und das alltägliche Leben der Menschen – alles wird von Corona bestimmt oder zumindest stark beeinflusst. Die erste (?) Infektionswelle haben wir hinter uns und auch beim Ausstieg aus dem Lockdown sind in Österreich bereits entscheidende Schritte getan. Natürlich ist der weitere Weg im Umgang mit dem Corona-Virus noch offen und es fehlt bekanntermaßen auch noch die notwendige kritische Bilanz über das bisherige Krisenmanagement: von Ischgl über die Kommunikation der Bundesregierung bis zu den Einschränkungen demokratischer Grundrechte.

Derzeit geht es in erster Linie darum, die unmittelbaren Auswirkungen der Epidemie-Bekämpfung für die davon Betroffenen erträglich zu halten. Und dabei macht

die Regierungskoalition deutlich mehr Fehler als bei den Maßnahmen zur Corona-Eingrenzung. Die groß angekündigten Hilfsmaßnahmen sind oftmals bürokratisch, meist erreicht Unterstützung die Ansuchenden sehr spät und die Hilfen sind zu niedrig dotiert.

Offen ist aber vor allem auch noch, wie die Politik nach der COVID-19 Pandemie aussehen soll. Wir haben in dieser Ausgabe des Bildungskuriers versucht, Antworten darauf für unterschiedliche Politik- und Lebensbereiche zu finden. Die Themen reichen von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über notwendige Änderungen im Pflege- und Sozialbereich bis zu den Gemeindefinanzern.

Wahrscheinlich werden die politischen Auseinandersetzungen um die Bekämpfung der Corona-Folgen schwieriger werden als die Bekämpfung der Pandemie selbst.

„Die politischen Auseinandersetzungen um die Bekämpfung der Corona-Folgen werden schwieriger werden als die Bekämpfung der Pandemie selbst.“

Inhalt

- 4 **Arbeitsmarkt:** Wege aus der Corona-Arbeitsmarktkrise zeigt Dennis Tamesberger auf.
- 6 **Arbeitszeitverkürzung:** Die sozialdemokratische Formel aus der Krise hält Sabine Schatz für uns bereit.
- 7 **Bildung:** Wie es die Stadt Wien geschafft hat, dass auch in Corona-Zeiten kein Kind zurückbleibt, erklärt Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorsky.
- 8 **Interview:** Birgit Gerstorfer, Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich, im Gespräch darüber, wie die Welt nach Corona aussehen wird und sollte.
- 10 **Pflege:** Überlegungen, was sich nach Corona im Pflegebereich für die Bediensteten ändern muss, stellt Silvia Rentenberger-Enzenebner an.
- 11 **Steuerpolitik:** Was es braucht, um aus der Corona-Krise unbeschadet herauszukommen, weiß Johannes Rendl.
- 12 **Gemeinden:** An die Rettung der krisengeschüttelten Gemeinden appelliert Michael Lindner.



4



6



7



8



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Döbesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kemptner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 02/20, Juni, SPÖ OÖ-Info-Nr. 2/2020, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Corona-Arbeitsmarktkrise: Für eine neue Solidarität!

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus haben wirtschaftlich zu großen Verwerfungen geführt. Eine neue Solidarität im Sozialstaat ist gefordert.

DENNIS TAMESBERGER

Die Auswirkungen des Corona-Lockdowns auf den Arbeitsmarkt sind dramatisch. Im März 2020 sind wir Zeitzeugen davon geworden, wie innerhalb von zwei Wochen die Arbeitslosigkeit auf das höchste Niveau in der Zweiten Republik geklettert ist. Im März waren 562.530 Menschen arbeitslos. Im April waren es 571.477. Die Arbeitslosenquote schnellte auf 12,7 Prozent empor. Fast jedeR Siebte mit Arbeitswunsch findet derzeit keinen Job. Alleine in Oberösterreich sind rund 66.000 Menschen betroffen.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich bis April 2020

Quellen: AMS, BaliWEb, AK OÖ

Armut und Ungleichheit werden zunehmen

Die Lasten des Corona-Lockdowns sind ungleich verteilt. Getragen werden sie nicht nur von ArbeitnehmerInnen, die durch Kurzarbeit Einkommenseinbußen hinnehmen müssen und von kleinen Selbstständigen, die finanziell nicht

Die Anhebung des Arbeitslosengeldes würde die Kaufkraft erhöhen und sich so positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.



mehr über die Runden kommen, sondern auch von Arbeitslosen, die durch die Kündigungswelle die Hälfte ihres Einkommens verloren haben.

Aufgrund des Umstandes, dass Österreich mit 55 Prozent Nettoersatzrate (ohne Ergänzungsbetrag und Familienzuschlag) ein sehr niedriges Arbeitslosengeld hat, ist die Armutsgefährdung besonders hoch. Rund jedeR zweite ganzjährig Arbeitslose ist armutsgefährdet. Bei jenen Menschen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von sechs bis elf Monaten ist jedeR Dritte armutsgefährdet. Falls die Politik nicht entsprechend gegensteuert, kann davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Armutsgefährdeten allein unter den Arbeitslosen heuer noch um bis zu 20.000 Menschen steigt.

Bereits von früheren Wirtschaftskrisen ist außerdem bekannt, dass Jugendliche als erstes und besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dies ist auch aktuell der Fall. Im Jahresdurchschnitt ist damit zu rechnen, dass sich die Jugendarbeitslosigkeit verdoppelt. Rund 7.500 betriebliche Lehrstellen werden abgehen. Längerfristige Arbeitslosigkeitserfahrungen können Narben (so genannte scarring effects) bei Jugendlichen hinterlassen, die im späteren Leben noch zu einer geringeren Lebens- und Arbeitszufriedenheit, zu einem schlechteren

Gesundheitszustand, zu geringeren Einkommenschancen und zu einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko führen.

Eine neue Solidarität im Sozialstaat ist nötig

Die Antwort auf die dramatische Arbeits-

DER AUTOR:

Dennis Tamesberger ist Referent für Arbeitsmarktpolitik in der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich.



marktsituation muss eine neue Solidarität im Sozialstaat sein. Zentral dabei ist die Anhebung des Arbeitslosengeldes

„Die Antwort auf die dramatische Arbeitsmarktsituation muss eine neue Solidarität im Sozialstaat sein.“

auf ein armutsfestes Niveau. Dies ist nicht nur notwendig, um Arbeitslosen ein würdiges Leben zu ermöglichen, sondern auch volkswirtschaftlich vernünftig. Denn es würde die Kaufkraft einer quantitativ bedeutenden Gruppe erhöhen, was sich wiederum positiv auf Betriebe und die wirtschaftliche Entwicklung auswirken würde.

Angst vor der Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen?

Dennoch blockiert die österreichische Bundesregierung bis jetzt die Anhebung des Arbeitslosengeldes. Dieser Reflex kann nur als ideologische Angst gedeutet werden, da mit einem höheren Arbeitslosengeld die Verhandlungsmacht aller ArbeitnehmerInnen und der Gewerkschaften gestärkt werden könnte. Als Gesellschaft brauchen wir aber genau diesen Mut, unser Wirtschaftssystem nach der Corona-Krise weiterzuentwickeln, chroni-

sche Schwachstellen, wie Working Poor (zu Deutsch „Erwerbsarmut“), zu beseitigen und den Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung, die nach wie vor die ArbeitnehmerInnen sind, wieder mehr Gehör zu verschaffen. Eine verbesserte Arbeitslosenversicherung kann hierzu einen Beitrag leisten und den Warencharakter der Arbeit mindern, indem sie die Menschen davor bewahrt, zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes unfaire Arbeits- und Lohnbedingungen zu akzeptieren.

Corona-Jobgarantie wider die Gefahr einer verlorenen Generation

Im speziellen Fokus der Arbeitsmarktpolitik sollten darüber hinaus junge Menschen stehen. Es muss jetzt alles versucht werden, um eine „verlorene Generation“ zu verhindern. Österreich hat das Wissen, die Strukturen und die finanziellen Mittel, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich vor allem die überbetriebliche Lehrausbildung als Erfolgsmodell etabliert. Die

Kapazitäten sollten hier so ausgebaut werden, dass jedem/jeder erfolglosen Lehrstellensuchenden tatsächlich eine Ausbildungsmöglichkeit eröffnet wird. Da derzeit der Einstiegsarbeitsmarkt aufgrund des Corona-Schocks für junge Menschen völlig wegbricht, muss der Staat als Arbeitgeber letzter Instanz fun-

„Es braucht eine Jobgarantie für junge Erwachsene zwischen 19 und 24 Jahren.“

gieren. Bisher wenig Beachtung fand außerdem der Umstand, dass zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 19 und 24 Jahren sind. Es braucht also eine Jobgarantie für genau diese jungen Erwachsenen zwischen 19 und 24 Jahren.

Von Kurzarbeit zu einer fairen Verteilung von Arbeit

Die sozialpartnerschaftlich ausverhandelte Corona-Kurzarbeit hat eine

Arbeitsmarkt-Katastrophe verhindert. Es wurden Anträge für rund 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen gestellt und somit Arbeitsplätze gesichert, was auch sozialpsychologisch von zentraler Bedeutung ist. Die Kurzarbeitsbeihilfe wird zwar mehrere Milliarden kosten, die Kosten der Arbeitslosigkeit wären alternativ aber ebenfalls erheblich. Einzelfallberechnungen mit Berücksichtigung von Rückflüssen (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern und Abgaben) zeigen, dass die Kurzarbeit pro Monat rund 100 Euro mehr kostet als das Arbeitslosengeld. Falls die Ausfallstunden nicht voll ausgeschöpft werden, erscheint die Kurzarbeit sogar günstiger als Arbeitslosigkeit.

Nun bleibt zu hoffen, dass die positiven Erfahrungen mit der Kurzarbeit, wie mehr Zeit für Familie und für Privatinteressen, auch zu einer dringend notwendigen, generellen Diskussion über Arbeitszeitverkürzung und eine faire Verteilung von bezahlter bzw. unbezahlter Arbeit führen. Nicht nur aus ökonomischer Sicht wäre dies jedenfalls zu begrüßen.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



6-8-10: Unsere Formel aus der Krise

Gerade in Zeiten einer gesundheitlichen und sozialen Krise braucht es sozialdemokratische Zukunftsvisionen. Unsere Formel lautet: 6-8-10.

SABINE SCHATZ

Die vergangenen Wochen waren von großer Unsicherheit geprägt. Wir erleben die höchste Arbeitslosigkeit in der Zweiten Republik: Mit einem Schlag wurden insgesamt mehr als 1,8 Millionen Menschen in Österreich arbeitslos oder in Kurzarbeit geschickt. Unsere Arbeitswelt und unser Leben haben sich in der Krise radikal verändert. Die Corona-Pandemie hat aber auch gezeigt, worauf es wirklich ankommt: unsere Gesundheit und unser soziales Miteinander.

Es sind die KrankenpflegerInnen, die Handelsangestellten, die BusfahrerInnen, die Lagerangestellten, die PädagogInnen und die ÄrztInnen, nicht die Immobilienhaie und BörsenspekulantInnen, die unsere Gesellschaft am Laufen

„Wir arbeiten, um gut leben zu können – und nicht umgekehrt.“

halten. Wir arbeiten, um gut leben zu können – und nicht umgekehrt. Mit sechs Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und zehn Stunden für das, was uns besonders am Herzen liegt, können wir ein gutes Leben für alle schaffen.

halten. Wir arbeiten, um gut leben zu können – und nicht umgekehrt. Mit sechs Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und zehn Stunden für das, was uns besonders am Herzen liegt, können wir ein gutes Leben für alle schaffen.

6 Stunden Arbeit

Eine hohe Arbeitslosigkeit konnte während der Krise nicht verhindert werden. Gleichzeitig aber gibt es ein Ungleichgewicht in der Verteilung von Arbeitszeit und Arbeit. Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, heißt also auch Arbeit fair zu verteilen. Und gute Arbeit verdient nicht nur Applaus, sondern faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und demokratische Mitbestimmung.

Wir dürfen Arbeitslosigkeit nicht einfach so hinnehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass bestehende Ressourcen genutzt werden. Wir brauchen mehr Personal im Bildungs- und Sozialbereich, wir brauchen neue Infrastruktur und soziale Dienstleistungen im städtischen und ländlichen Raum, wir brauchen mehr Klimaschutz.

8 Stunden Schlaf

Lange Arbeitszeiten, fehlende Erholungszeiten, Stress und Überforderung machen auf Dauer krank. Investitionen in unser Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem sind die beste Vorsorge, damit wir alle ruhig schlafen können.

Wir können Sicherheit schaffen, dass unsere Arbeit nicht krank macht und dass unsere Angehörigen gut versorgt sind, indem wir in unser Pflege- und Gesundheitssystem investieren,

DIE AUTORIN:

Sabine Schatz ist SPÖ-Abgeordnete im Nationalrat und SPÖ-Bereichssprecherin für Erinnerungskultur



bessere Ressourcen schaffen für unsere Blaulichtorganisationen und Schulen und Kindergärten ausbauen.

Gleichzeitig aber darf Arbeitslosigkeit nicht Existenzangst bedeuten: Mit der Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent könnten wir einen großen Teil der Sorgen schultern.

10 Stunden Zeit für die wirklich wichtigen Dinge

Für die Dinge, die uns wirklich wichtig sind, brauchen wir nicht nur ein gutes Einkommen, sondern auch Zeit. Weniger Arbeit bedeutet, dass wir mehr

„Weniger Arbeit bedeutet, dass wir mehr Zeit haben für die Dinge, die uns wichtig sind.“

Zeit haben für die Dinge, die uns wichtig sind: unsere Familien, unsere FreundInnen, unser Engagement in Vereinen und Verbänden, unsere Hobbies und Weiterbildungen. Ein Großteil der Sorgearbeit wird immer noch von Frauen geleistet. Mit einem Ausgleich von Teilzeit- und Vollzeitarbeit, durch eine Arbeitszeitverkürzung, könnte hier eine Verbesserung gelingen.

Die Ressourcen für all das sind längst da, sie müssen nur richtig verteilt werden. Für ein gutes Leben für alle!



Lernen in Corona-Zeiten: Fokus auf die Kinder

Die Corona-Maßnahmen haben Kinder und Jugendliche besonders hart getroffen, insbesondere durch das wochenlange Fernbleiben von der Schule. Die Stadt Wien sorgt dafür, dass kein Kind zurückbleibt.

JÜRGEN CZERNOHORSZKY

Von den vielen, sicher notwendigen Maßnahmen der Corona-Zeit waren vor allem Kinder und Jugendliche ganz besonders betroffen, denn ihr Alltag hat sich Mitte März für Wochen schlagartig verändert: Spielen und Treffen mit FreundInnen, am Spielplatz und im Freien, aber auch in der Schule oder im Kindergarten waren von einem Tag auf den anderen plötzlich nicht mehr möglich.

Tatsache ist auch, dass durch das wochenlange Fernbleiben von der Schule viele Kinder nicht ausreichend gefördert werden konnten. Rückmeldungen aus den Schulen haben uns gezeigt, dass zumindest zwei Prozent der Wiener Kinder nicht erreicht werden konnten – das sind rund 3.500 von 150.000 SchülerInnen.

Wien lässt kein Kind zurück

In Wien war und ist uns aber besonders wichtig, dass kein Kind zurückbleibt. Deshalb haben wir auch einen gezielten

„In Wien war und ist uns wichtig, dass kein Kind zurückbleibt.“

Schritt für SchülerInnen der Wiener Pflichtschulen gesetzt und als Stadt Wien insgesamt 5.000 Laptops zur Verfügung gestellt, die den Schulen auch nach der Corona-Zeit für digitales Lernen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat

Wien ein umfassendes Paket für SchülerInnen geschnürt und auch die Unterstützung für Eltern ausgebaut. So bieten die Wiener Volkshochschulen (VHS) ihre Gratis-Lernhilfe für SchülerInnen nun auch online an und der stadteigene „Bildungsserver“ hat in seinem „Lehrerweb“ eine Sammlung von kostenlosen digitalen Lernressourcen und Tools für das Lernen zu Hause zur Verfügung gestellt. Außerdem hat die Stadt mit ihrem Stadtfernsehsender W24 das Programm „Lernplanet von und mit Werner Gruber“ gestartet, wo Wiener PädagogInnen in zwölf Gegenständen Unterrichtsstunden gestalten. All diese Angebote wurden sehr gut angenommen.

Das Wiener Erfolgsmodell der Summer City Camps

In Wien haben wir auch vom ersten Tag der Corona-Maßnahmen nachgedacht, wie wir die Sommerangebote – unsere Summer City Camps – ausbauen können. Für VolksschülerInnen haben wir nun ein eigenes Lernprogramm in die Camps integriert und das Lernangebot für ältere Kinder ausgebaut. Unsere Camps inkludieren Abenteuer- und Sportangebote, sowie Förderung in Deutsch, Englisch und Mathematik. Wir



DER AUTOR:

Jürgen Czernohorsky ist Wiener Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal sowie Vorsitzender der SPÖ Penzing (15. Wiener Gemeindebezirk).



haben versucht, mit dem Bund zu reden, wie man das gemeinsam auf ganz Österreich ausrollen kann. Die nun – sehr spät und kurzfristig – präsentierte Sommerschule des Bundes beschränkt sich hauptsächlich auf Deutschunterricht. Es ist schade, dass es keine ambitioniertere Sache geworden ist.

Insgesamt sollten wir bei allen weiteren Maßnahmen eines im Auge behalten: Das Kindeswohl, vor allem das seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen, darf nicht hinter wirtschaftlichen

„Das seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen darf nicht hinter wirtschaftlichen Interessen zurückbleiben.“

Interessen zurückbleiben – gerade jetzt, wenn wir unser gesellschaftliches Leben wieder hochfahren!

Die Summer City Camps der Stadt Wien wurden anlässlich der Corona-Krise weiter ausgebaut und bieten ein umfassendes Lern- und Freizeitprogramm für Wiener Kinder und Jugendliche.

„Wir brauchen einen starken Staat!“

SPÖ Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer im Interview mit dem Bildungskurier über das Leben und die Politik nach Corona.

Bildungskurier: Die aktuelle Krise hat an vielen Orten ein Nachdenken darüber ausgelöst, wie die Welt nach Corona aussehen wird. Wie siehst du die Zukunft?

Gerstorfer: Ich denke, wir müssen die Art, wie wir leben, wie wir arbeiten und wie wir wirtschaften auf neue Beine stellen. Was Corona ausgelöst hat, hat in vielen Bereichen zu menschlichen Katastrophen geführt. Die einen haben gerade einen Knochenjob mit hohem Risiko in den Spitälern, Pflegeheimen, Geschäften etc., andere sind in Kurzarbeit, wieder andere haben ein kleines Unternehmen, haben monatelang keine Umsätze und können kaum einschlafen vor Sorge. Rund 600.000 Menschen sind arbeitslos und wissen oft nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. So eine Situation war vor wenigen Wochen undenkbar. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, wie brüchig Vieles ist, um ein Bild der Zukunft skizzieren zu können. Wir müssen nach all den Jahren der Deregulierung und des vermeintlichen Sparzwanges wieder für einen starken Staat sorgen, der Sicherheit bietet. Ein Staat, der lieber zu viele als zu wenige Spitalsbetten hat, ein Staat,

„Wir müssen nach all den Jahren der Deregulierung und des vermeintlichen Sparzwanges wieder für einen starken Staat sorgen.“

der die bestmögliche medizinische Versorgung garantiert und im Weiteren einer ist, der sich nicht als Konkurrent zu anderen begreift. Wir sind eine Weltgemein-

schaft und Corona hat uns das deutlich aufgezeigt: Ein Virus macht keinen Halt vor natürlichen oder politischen Grenzen. Wenn wir global kooperieren, können wir Vieles meistern. Daran gilt es zu denken,

„Wenn wir global kooperieren, können wir Vieles meistern.“

wenn wir Oberösterreich, aber auch die Welt nach der Krise neu aufbauen und gestalten.

Bildungskurier: Die letzten Jahrzehnte war der Begriff eines starken Staates aber nicht gerade beliebt.

Gerstorfer: Weil das oftmals gleichgesetzt wird mit Verstaatlichung. Dabei geht es mir nicht alleine um die Organisationsform des Wirtschaftens, sondern darum, wie gewirtschaftet wird. Und da braucht es einen Staat, besser gesagt eine europäische Gemeinschaft, die Spielregeln vorgibt und in den zentralen Bereichen investiert. Erst kürzlich haben namhafte WissenschaftlerInnen ein Essay veröffentlicht, in dem sie sich Gedanken darüber machen, wie die Zukunft der Arbeit und somit die Zukunft der Wirtschaft aussehen soll.

Bildungskurier: Du spielst auf „Die Zukunft der Arbeit nach Corona“ von Thomas Piketty, Nancy Fraser, Lawrence Lessig, Chantal Mouffe und anderen an?

Gerstorfer: Genau. Und sie kommen dabei zum Schluss, dass wir genaue Regeln



IM INTERVIEW

Birgit Gerstorfer

ist Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich und Sozial-Landesrätin.

brauchen. Denn ein Blick auf die Welt zeigt uns schon ganz deutlich, dass viele globale UnternehmerInnen sich weder um die Würde der Beschäftigten kümmern, noch den Kampf gegen die ökologische Katastrophe führen. Eine Regulierung bedeutet nichts Anderes als Ziele bzw. Nicht-Ziele vorzugeben, also die Sinnfrage von Unternehmungen zu definieren. Die sollten sich mehr an den menschlichen Bedürfnissen orientieren, anstatt nur den Profit zu maximieren. Wir werden an einer Regionalisierung der Wirtschaft und einer Re-Industrialisierung nicht vorbeikommen. Es ist nicht von Gott gegeben, dass Produkte mehrmals um den Erdball geschickt werden müssen oder Know-How in andere Teile der Welt abwandert. Hier kann eine starke Weltgemeinschaft, ein

starker Staat regulierend eingreifen und Rahmenbedingungen schaffen. Auch die Verteilung und die Bezahlung von Arbeit braucht eine Neuaufstellung. Schauen wir uns an, wem wir in der Krise applaudieren, wie schlecht diese Menschen bezahlt sind und wie viele Stunden sie täglich arbeiten müssen. Hier ist ein besserer, gerechterer

„Die Arbeitszeiten müssen kürzer und die Löhne höher werden.“

Ausgleich unabdingbar. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Arbeitszeiten müssen kürzer und die Löhne höher werden.

Bildungskurier: KritikerInnen würden nun sagen: „Das können wir uns alles nicht leisten, wir müssen alle unseren Beitrag leisten.“

Gerstorfer: Entschuldigung, aber da werde ich auch ein bisschen wütend: Viele Menschen leisten gerade Herausragendes. Die wahren LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft sind mitten unter uns. Die Allgemeinheit schultert jetzt schon Vieles, mehr als zwei von drei Erwerbstätigen in Österreich sind von der Corona-Krise erheblich bis sehr stark betroffen. Wir dürfen uns daher nicht scheuen, eine Gerechtigkeitsdebatte zu führen. Wir müssen die Fragen

„Wir müssen es als Sozialdemokratie schaffen, dass auch nach der Krise nicht vergessen wird, wie wichtig ein starker Staat ist.“

stellen: Was ist der Beitrag der großen Internet-Online-Konzerne, die von der Krise profitieren und bisher so gut wie keine Steuern zahlen? Was ist der Beitrag der Banken, die 2008 und 2009 sehr viel öffentliches Geld bekommen haben, um gerettet zu werden?

Bildungskurier: Wird es nach der Krise also eine Verteilungsdebatte geben?

Gerstorfer: Wir müssen eine neue Gerechtigkeitsdebatte führen, und zwar ohne Tabus. Allein die zehn reichsten ÖsterreicherInnen haben mehr Vermögen als für das Corona-Paket im Bund veranschlagt sind. Wir haben es nach der Krise 2009

„Wir müssen eine neue Gerechtigkeitsdebatte führen, und zwar ohne Tabus.“

verabsäumt, uns von neoliberalen Dogmen zu verabschieden. Wir müssen es als Sozialdemokratie schaffen, dass auch nach der Krise nicht vergessen wird, wie wichtig ein starker Staat ist, der Ausgleich schafft, alle mitnimmt. Und da müssen

alle ihren Anteil leisten – auch die Superreichen. Wir werden aber auch darüber diskutieren müssen, wie die Finanzströme geordnet sind.

Bildungskurier: Das hört sich jetzt aber trocken an, was meinst du damit?

Gerstorfer: In der aktuellen Krise sind es die Gemeinden und ihre MitarbeiterInnen, die dafür sorgen, dass die grundlegenden Bedürfnisse auch weiterhin möglichst reibungslos gedeckt werden. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge erfordert enormen menschlichen, administrativen und in letzter Instanz auch einen sehr hohen finanziellen Aufwand. Genau in diesen Bereichen gehen die Gemeinden in Oberösterreich zurzeit an ihre Grenzen. Die finanzielle Schieflage zwischen dem Land Oberösterreich und den Gemeinden ist ein grundlegendes Problem. Die Belastung der oberösterreichischen Städte und Gemeinden ist im Bundesländervergleich bereits jetzt überproportional hoch. Es wird auch hier einen New Deal von Ländern, Städten und Gemeinden geben müssen. Ich unterstütze daher unsere BürgermeisterInnen, die das gerade sehr stark thematisieren.



Pflege-HeldInnen verdienen mehr!

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Pflegearbeit nicht hoch genug geschätzt werden kann. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die HeldInnen der Krise ist das Gebot der Stunde.

SILVIA RENTENBERGER-ENZENEUBNER

Sozial- und Pflegeberufe stellen für viele Bedienstete eine Berufung dar. Die PatientInnen stehen immer an erster Stelle. Dafür werden Familie, Freizeit und eigene soziale Kontakte oft hintangestellt. Damit für die Pflegebediensteten das Leben nach Corona nicht dasselbe wie vor Corona bleibt, müssen endlich deutliche Verbesserungen der beruflichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden, die schon seit Jahren gefordert werden.

Das breite Aufgabengebiet Pflege

Das Bild der Pflege hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. Pflege stellt das wichtigste Verbindungslied zwischen PatientIn und Ärztin bzw. Arzt sowie Angehöriger bzw. Angehörigem dar, da die PflegerInnen auch viel Zeit bei den PatientInnen verbringen und Veränderungen des Gesundheitszustandes sofort erkennen. Die Tätigkeitsbereiche erstrecken sich von der Grundpflege über KoordinatorInnen-Tätigkeiten,

Damit für die Pflegebediensteten das Leben nach Corona nicht dasselbe wie vor Corona bleibt, müssen endlich deutliche Verbesserungen der beruflichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden.



die stark gestiegene Dokumentationspflicht bis hin zu ärztlichen Tätigkeiten. Kurz: Pflege stellt ein breites verant-

„Pflege stellt ein breites verantwortungsvolles Aufgabengebiet dar, das kaum von der Bevölkerung wahrgenommen wird.“

wortungsvolles Aufgabengebiet dar, das kaum von der Bevölkerung wahrgenommen wird.

Was läuft schief?

Das Berufsbild wurde zwar durch die Bachelor-Ausbildung aufgewertet, gleichzeitig wurde durch die Einführung dieses Studiums vielen jungen Menschen sowie QuereinsteigerInnen die Ausbildung zum gehobenen Dienst in der Pflege verbaut. Da diese Ausbildungen in den Fachhochschulen stattfinden und nicht mehr an den Krankenhäusern, fehlen durch eine geringere Ausbildungskapazität an den Fachhochschulen außerdem wichtige „helfende Hände“ im Klinik-Alltag. Auch wenn SchülerInnen praktisch angeleitet werden müssen, stellen sie doch eine gewisse Erleichterung für die PflegerInnen dar.

Zusätzlich führen die Einsparungen aus vorangegangenen Gesundheitsreformen, der ständig wachsende Aufgabenbereich,

DIE AUTORIN:

Silvia Rentenberger-Enzeneubner

ist Betriebsratsvorsitzende der Angestellten im Landes-Krankenhaus Freistadt und Kammerrätin für die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der Arbeiterkammer Oberösterreich.



die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die damit verbundenen schweren Krankheitsbilder, die geringe Entlohnung sowie ein völlig veraltetes Personalberechnungssystem nicht nur zur Überlastung der MitarbeiterInnen, sondern auch zu einem Mangel an Fachkräften in Pflegeberufen.

Was braucht es jetzt?

Um diese Missstände zu beheben, ist es hoch an der Zeit, die langjährigen Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege umzusetzen, insbesondere

- ein transparentes und an die heutigen Arbeitsaufgaben angepasstes Personalberechnungsmodell,
- eine Aufstockung der MitarbeiterInnen-Anzahl und
- eine faire Entlohnung durch Anhebung des Grundgehältes und Beteiligung an den Klassegebühren.

Nur so können wir die Zukunft der Pflege und damit unsere Zukunft sichern. Den MitarbeiterInnen in der Pflege muss endlich die Wertschätzung zuteilwerden, die sie sich verdient haben.

Wer zahlt die Krise?

Auf die Corona-Maßnahmen folgt eine Wirtschaftskrise. Um halbwegs unbeschadet aus dieser Krise herauszukommen, braucht es eine Politik des sozialen Ausgleichs.

JOHANNES RENDL

Während der Corona-Pandemie musste gehandelt werden, um die älteren und kranken Menschen zu schützen. Es war klar, dass das Herunterfahren der Wirtschaft zu einer schwerwiegenden Krise führen würde, deren Umfang uns jetzt noch gar nicht begreifbar ist. Aktuell geht die Arbeitslosigkeit zurück, dennoch sind immer noch 123.000 Menschen mehr ohne Job als vor dem Ausbruch der Krise und es bleibt zu befürchten, dass die Arbeitslosen-Kurve im Laufe des Jahres wieder ansteigt. Die türkis-grüne Regierung reagierte nach und nach auf die Brandherde der Krise. Aus einem vier Milliarden-Paket der Wirtschaft wurde innerhalb einer Woche ein 38 Milliarden-Paket. Jedoch kommt bei denen, die es am notwendigsten brauchen, immer noch zu wenig an.

Wer zahlt die Krisenkosten?

Aber wer zahlt eigentlich die Kosten für die Krise und die zusätzlichen Ausgaben? Zum Staatsbudget trägt der Faktor Arbeit sehr viel bei. Die Lohnsteuer ist mit 28 Milliarden eine der größten Einnahmequellen des Fiskus. Die Einkommenssteuer rangiert mit fünf Milliarden dahinter. ArbeitnehmerInnen zahlen also jetzt schon den größten Teil der Krisenkosten.

Und die Reichen?

Im Gegensatz dazu wird der Spitzensteuersatz von 55 Prozent erst ab einer

Million Euro fällig. Niedrige Steuersätze sorgen dafür, dass Kapitaleinkommen relativ geringe Steuereinnahmen generieren. Eine Vermögenssteuer allein würde bis zu acht Milliarden zusätzlich in die Kassen des Staates spülen und so bei der Finanzierung der Krise helfen. Auch die 2008 abgeschaffte Erbschafts- und Schenkungssteuer könnte Milliarden Gelder zur Finanzierung der Corona-Maßnahmen bringen. Aktuelle Studien zeigen, dass das vererbte Vermögen im Jahr 2040 20 Milliarden Euro betragen wird. Selbst bei einem hohen Freibetrag

„Für eine gerechte Finanzierung der Krisenkosten braucht es eine Beteiligung der Vermögenden der Superreichen.“

bringt eine Besteuerung von Erbschaften Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Für eine gerechte Finanzierung der Krisenkosten braucht es also auch eine Beteiligung der Vermögenden der Superreichen.

Wie kommen wir wieder aus der Krise heraus?

Um halbwegs gut aus der Krise herauszukommen und Geld in die Hand derer zu bringen, die es brauchen, muss außerdem ein ordentliches Konjunk-

DER AUTOR:

Johannes Rendl ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut (www.jbi.or.at).

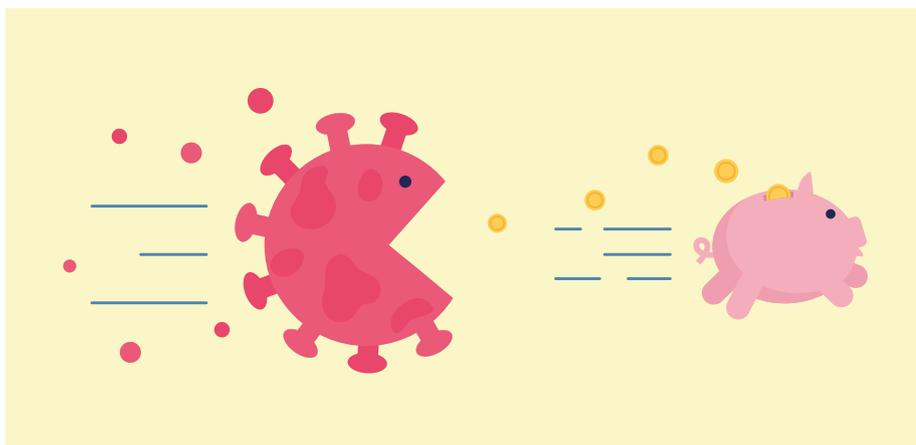


turpaket geschnürt werden. Die oberste Priorität muss sein, Arbeit und Beschäftigung zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist nicht nur für die Menschen gut, auch der Konsum wird angekurbelt, wenn die Beschäftigung hoch ist. Um große Konjunkturpakete zu finanzieren, muss die Republik neue Schulden aufnehmen. Daran führt kein Weg vorbei. Die Zeiten dafür sind aber sehr günstig: Dank Niedrig- und Negativzinsen ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um mit klugen Investitionen der öffentlichen Hand für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Investitionen in Programme zur Beschäf-

„Es gibt keinen Grund, nicht zu investieren, außer rein ideologische.“

tigung der Corona-Arbeitslosen, Klima-maßnahmen, Schulsanierungen und die öffentliche sowie digitale Infrastruktur wären nur ein paar lohnenswerte Felder. Es gibt also keinen Grund, nicht zu investieren, außer rein ideologische.

Es war klar, dass das Herunterfahren der Wirtschaft während der Corona-Pandemie zu einer Krise führen würde. Jetzt gilt es, mit klugen Investitionen der öffentlichen Hand für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen.



Retten wir die Gemeinden!

Die Corona-Krise trifft die Gemeinden besonders hart.

Um Oberösterreichs Gemeinden für die Zukunft zu stärken, braucht es frisches Geld von Bund oder Ländern sowie ein starkes Kommunalpaket.

MICHAEL LINDNER

Die „Corona-Krise“ hat in den letzten Monaten Vieles auf den Kopf gestellt und gravierende Auswirkungen auf unser gesamtes Leben. Wir können die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen noch gar nicht abschätzen. Eines ist aber klar: Diese tiefgreifende Wirtschaftskrise hat auch enorme Auswirkungen auf die öffentlichen Budgets. Ganz besonders sind unsere Gemeinden und Städte betroffen.

Die Kommunen sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen, zuständig für die unmittelbare Daseinsvorsorge – also wirklich für beinahe alles, was unser Leben unmittelbar betrifft: Wasserversorgung, Abwasser, Müllentsorgung, Kinderbetreuung, Pflichtschulen als Schulerhalter, Pflegebereich/Altenbetreuung, Sozialhilfe, Gemeindestraßen, usw. Das alles sind

„Gleichbleibende Aufgaben und Ausgaben bei stark sinkenden Einnahmen – das ist eine gefährliche Situation für die öffentliche Daseinsvorsorge.“

Basisleistungen, die man nicht einfach abstellen kann, um etwa, wie von neoliberaler Seite oft propagiert, in Krisenzeiten Kosten zu sparen. Gleichbleibende Aufgaben und Ausgaben bei stark sinkenden Einnahmen – das ist eine gefährliche Situation für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Wie funktioniert die Gemeindefinanzierung in Österreich?

Die Finanzierung der Gemeinden ist in Österreich hauptsächlich über den „Finanzausgleich“ geregelt, ein gesetzlich geregelter Mechanismus, mit dem unseren drei Gebietskörperschaften Bund, Land und Gemeinden finanzielle Mittel zugeteilt werden, mit denen sie dann ihre Aufgaben erledigen.

Dabei sind in Österreich zwei Aspekte wichtig: Erstens: Den Großteil der Steuern und Abgaben hebt der Bund ein. Länder und Gemeinden haben nur einen kleinen Teil an eigenen Abgaben. Damit haben sie auch nur sehr geringe eigene Einnahmen, die selbst gesteuert werden können. Zweitens: Es werden viele Aufgaben gemeinsam erledigt. Bildung, Pflege, Gesundheit, Öffentlicher Verkehr – überall dort sind sowohl der Bund als auch die Länder und die Gemeinden mit zuständig und dabei zahlen auch alle drei Ebenen mit. Das ergibt sehr komplizierte finanzielle Verflechtungen.

Wie trifft die Krise die Gemeinden?

Die Wirtschaftskrise trifft die öffentlichen Finanzen nun durch zwei Ursachen: Erstens: Es ist zu erwarten, dass die Rettungspakete der Bundes- und Landesregierungen wesentlich mehr Geld kosten als budgetiert. Jedes „frische“ Steuergeld, das ausgegeben wird, kostet auch den Gemeinden Geld. Bereiche wie Gesundheit und Pflege werden ebenfalls zusätzliches Geld benötigen, wofür die Gemeinden über Umlagen ebenfalls mitzahlen.

Zweitens: Durch fehlende Steuereinnahmen fehlt wichtiges Geld in

DER AUTOR:

Michael Lindner

ist Landtagsabgeordneter und Bereichssprecher für Kommunales, Sport, Tourismus und Menschenrechte sowie Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Freistadt.



den öffentlichen Kassen. Die Gemeinden trifft es jetzt mit voller Wucht bei zwei großen Brocken der Einnahmen, die gemeinsam über 50 Prozent der Gemeindeeinnahmen ausmachen: nämlich bei den Ertragsanteilen und bei der Kommunalsteuer. Die Ertragsanteile werden monatlich aus den laufenden Steuereinnahmen vom Bund an die Länder und Gemeinden weitergegeben. Damit wird jeder wirtschaftliche Einbruch unmittelbar in den Gemeindebudgets sichtbar. Die Kommunalsteuer bricht vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit ein, da weniger Beschäftigte in den Gemeinden und Städten gemeldet sind. Zusätzlich wird für Kurzarbeit ebenfalls keine Kommunalsteuer fällig. Viele Unternehmen haben außerdem um Stundung/Verschiebung der Kommunalsteuer angesucht.

Zusammengefasst: Die Einnahmen brechen bei den Gemeinden seit April unmittelbar ein, die Ausgaben für die Daseinsvorsorge bleiben allerdings unverändert. Damit ist nicht nur die Zahlungsfähigkeit von Kommunen in Gefahr, es fehlt auch Spielraum für wichtige Investitionen in Gemeinden.

Voraussagen, wie hart diese Einkommensverluste für die Gemeinden sein werden, sind derzeit so verlässlich wie die Wirtschaftsprognosen allgemein. Verschiedene Berechnungen des „KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung“ gehen von einem Rückgang der kommunalen Einnahmen zwischen 900 Millionen Euro (günstigstes Szenario) bis zu zwei Milliarden Euro (ungünstigstes Szenario) für alle Gemeinden und Städte in Österreich aus.

Was muss jetzt getan werden?

Klar ist: Ohne „frisches Geld“ von Bund oder Ländern werden die Gemeinden ihre Budgets nicht retten können und sind auch keine Investitionen möglich. Dabei sind die Gemeinden und Städte österreichweit zwei der wichtigsten InvestorInnen. Über 30 Prozent aller öffentlichen Investitionen werden von Gemeinden und Städten geleistet. Gerade für eine regionale Wirtschaft und für die Arbeitsplätze vor Ort sind die kommunalen Projekte also unverzichtbar.

Was also tun? Kurzfristig brauchen wir den Ersatz der entfallenen Ertragsanteile und der Kommunalsteuer. Das

kann nur, wie in Tirol, durch Direktzahlungen in die Gemeinden geschehen. Die Einnahmen aus der Landesumlage – immerhin 120 Millionen Euro jährlich – werden von den Gemeinden ans Land abgeliefert, sind also eigentlich Geld der Gemeinden. Einen Gutteil dieser Einnahmen direkt an die Gemeinden auszuschenken, würde weniger Gemeinden in den „Härteausgleich“ treiben.¹ Das angekündigte Gemeinde-Investitionspaket des Bundes mit einer Milliarde Euro bis Ende 2021 ist gutes Geld. Wenn aber die Eigenmittel in den Gemeinden fehlen, hilft das nur sehr eingeschränkt. Und es kann nicht sein, dass das Land versucht, sich dadurch eigenes Fördergeld zu sparen.

Mittelfristig gilt: Wenn in Oberösterreich kein starkes eigenes Kommunalpaket geschnürt wird, werden die oberösterreichischen Gemeinden in dieser Krise doppelt benachteiligt. Die Zahlungen zwischen dem Land und den Gemeinden, die sogenannten „Transfers“, benachteiligen nämlich die Gemeinden in Oberösterreich wie in keinem anderen Bundesland. Rechnet man die Förderungen des Landes an die Gemeinden mit den Zahlungen der

Gemeinden an das Land gegeneinander auf, dann sieht man: Die Gemeinden zahlen derzeit um über 400 Millionen Euro mehr ans Land, als sie wieder zurückbekommen. Man kann also sagen, dass das Land sich bisher das Budget auf Kosten der Gemeinden saniert hat. Wir werden daher in Oberösterreich rasch

„Wir brauchen mehr Geld in den Gemeinden. Wir brauchen starke, handlungsfähige Gemeinden und Städte.“

über einen „neuen oberösterreichischen Transferausgleich“ reden müssen. Wir brauchen mehr Geld in den Gemeinden. Wir brauchen starke, handlungsfähige Gemeinden und Städte.

¹ Beim „Härteausgleich“ werden Gemeinden aus dem „Härteausgleichsfonds“ des Landes unterstützt, weil sie aus eigener Kraft ihren ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen können.

Die Kommunen sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen, zuständig für die unmittelbare Daseinsvorsorge.



Renner Institut OÖ

Kommunalakademie online

Ein ganzes Wochenendseminar online? Geht denn das?

Ja, es geht. Das Modul 5 der Kommunalakademie zum Thema „Visionsarbeit und Story telling“ mit Trainer Stefan A. Sengl ist der beste Beweis. Was wir daraus lernen? Vorteilhaft ist, dass sich die Teilnehmer*innen bereits (gut) kennen. Das Thema muss tatsächlich ohne Präsenz bewältigbar sein. Der/die Trainer*in sollte digital bewusst und erfahren sein. Die Teilnehmer*innen brauchen den Willen sich darauf einzulassen. Mit einem Schuss digitaler Didaktik und entsprechend fürsorglicher Vorbereitung kann ein ganzes Online-Wochenende gut gelingen. Samt Online-Kamingespräch mit Bgm. Gerald Hackl aus Steyr.



Das online-Wochenendmodul ist bestens gelungen. Trotzdem freuen sich die Teilnehmer*innen der Kommunalakademie bereits auf das nächste Modul, das wieder „in echt“ mit körperlicher Präsenz stattfinden wird.

Sozialistische Jugend

SJ-Diskussionsveranstaltung zu Jugendarbeitslosigkeit

Gerade junge Menschen sind stark von der Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen. Ohne Maßnahmen wird sich die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr verdoppeln. Die Zukunft einer ganzen Generation würde zerstört werden. Deshalb hat die Sozialistische Jugend Oberösterreich unter dem Motto „Zeitbombe Jugendarbeitslosigkeit entschärfen!“ eine Kampagne gestartet. „Um zu verhindern, dass tausenden jungen Menschen ihrer Perspektiven und Möglichkeiten geraubt werden, müssen wir uns jetzt gegen die untätige Regierung wehren. Es braucht weitreichende

Maßnahmen und die Bekämpfung eines profitorientierten, kapitalistischen Wirtschaftssystems“, so SJÖÖ Vorsitzende, Nina Andree. Deshalb fordert die SJ eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich, eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, sowie eine staatliche Beschäftigungsgarantie. Bei einer Online-Diskussion mit Arbeitsmarktexperte Dennis Tamesberger, die live aus der Tabakfabrik übertragen wurde, konnten Fragen zum Thema, zur Finanzierung und den Forderungen der SJ gestellt werden.



Gregor

5 👍

Was könnte am Arbeitsrecht verbessert werden um Jugendliche zu schützen?

Die Diskussion zum Nachschauen und weiter Infos gibt es auf sj-ooe.at.

Renner Institut OÖ/Landesbildung/Jahoda-Bauer-Institut

Online Werkstatt

Das Renner Institut und das Jahoda-Bauer Institut haben auf den plötzlichen Shut-Down Mitte März rasch und „kunden“freundlich reagiert. Mit wöchentlichen Online Werkstätten ist es gelungen, hunderte Menschen im SPÖ Bereich aber auch außerhalb davon anzusprechen. Ziel war es, in Zeiten von Home-Office und Quarantäne ein Bildungsprogramm zu liefern, das sowohl auf die bestehende Corona-Situation eingeht als auch gesellschaftliche und politische Zusammenhänge erklärt und aufzeigt. Insgesamt 11 anregende Abende mit manchmal prominenten aber immer kompetenten Inputgeber*innen wurden online absolviert. Von Walter Ötsch als ersten bis zu Markus Marterbauer als letzten Referenten in

diesem Frühjahr. „Wir machen im Herbst mit den Online Werkstätten weiter, wenn auch in geringerer Schlagzahl,“ verspricht Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger, der sämtliche Online Werkstätten kenntnisreich und mit Feingefühl und moderiert hat.

Alle Ausgaben der Online Werkstatt können unter folgendem Link nachgehört werden: <https://renner-institut.spoe.at/onlinewerkstatt/>

Eine neue Form der Wissensvermittlung etablierte sich in Corona-Zeiten: Online Werkstätten zu politisch-inhaltlichen Fragestellungen.



SPÖ Frauen OÖ

Frauen zeigen auf

Während des Lockdown wird viel über die „Heldinnen“ der Krise gesprochen. Meist sind dies Frauen, die in Supermärkten arbeiten, Pflegerinnen, Mütter, die neben dem Homeoffice das Homeschooling schupfen müssen. Eine Umfrage der Marketingagentur „Triple M“ zeigt, dass 2/3 der Frauen sich eine Verschlechterung der beruflichen Situation der Frauen in Österreich aufgrund der Corona-Krise erwarten. 34% der Frauen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, bei Alleinerzieherinnen sogar 44%.

Es ist dringend an der Zeit, diese Problemstellungen **aufzuzeigen** und Lösungen auszuarbeiten, um nicht mit der jetzigen Situation zurück in die 50er Jahre zu fallen.

Für Alleinerzieherinnen braucht es einen Rechtsanspruch auf die notwendige Betreuungszeit von Kindern in solchen Krisen. Frauen haben den größten Teil der „Homeschooling-phase“ übernommen und stießen bei manchen Lehrstoffen an Grenzen. Auch die individuelle Tageseinteilung der einzelnen Schulen machte ein Arbeiten für Familien, deren Kindern in unterschiedliche Schulen gehen, defacto unmöglich. Hier muss es eine landesweite einheitliche Schulregelung sowie ein Schulsystem geben.

Es braucht auch eine massive Arbeitszeitverkürzung im Sinne der verkürzten Vollzeit, die wir mit der Formel 6-8-10 umschreiben. Das würde zu einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung führen.

Alle diese Punkte und noch mehr werden durch die SPÖ Frauen aufgezeigt und zu Anträgen, Forderungen und Lösungsansätzen umgearbeitet.



Was geht bloß in der Gegenwart vor?

Marie Jahoda (1907-2001), in Wien geborene Sozialforscherin, wurde als Koautorin der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ bekannt. Im Jahr 1937 musste sie nach Großbritannien ins Exil gehen und führte dort mehrere Forschungsprojekte durch. Nach 1945 wirkte sie in New York, London und Sussex, wo sie 1973 als Professor of Social Psychology emeritierte. Ihr spezifischer Forschungsstil und ihr Konzept einer lebensnahen Sozialforschung sind für die Sozialwissenschaften aktuell und richtungsweisend. Die von ihr behandelten Themen gerade in der Corona Krise hochaktuell.

Eine dreibändige Edition herausgegeben von Johanne Bacher, Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler und ist mit Unterstützung des Jahoda - Bauer Instituts erschienen.

Band 1: Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen (1932). Eine Studie auf Basis von 50 Bewohner- Innen der Wiener Versorgungshäuser, ergänzt von Texten u.a. über Leben und Werk der Autorin.

Band 2: Aufsätze und Essays (1937 bis 1997). Texte über Sicherheit und Freiheit, Antisemitismus und Vorurteile, Methodologie, Sozialpsychologie der Arbeit.

Band 3: Arbeitslose bei der Arbeit (1938). Eine Feldforschung über ein kooperatives Selbsthilfeprojekt für arbeitslose Bergarbeiter in Wales.

Mehr über Marie Jahoda: www.mariejahoda.at. Bestellungen unter www.studienverlag.at oder in ihrer Buchhandlung.



120.461.000



120 Millionen Menschen, also jede 5. Person in der EU ist von Armut betroffen. Die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt.

www.inequalityin.eu